

Zum 20. Jahrestag des Mauerfalls – Eine Bilanz aus ostdeutscher feministischer Perspektive

HILDEGARD MARIA NICKEL

Die Nostalgie vieler Ostdeutscher ist weniger der DDR verhaftet, als dem Traum von einem Westen, der sich nicht erfüllte. Der sich verdunkelte, sobald die Hinzugekommenen den Raum betraten. Bei den Einheimischen erweckte das den Eindruck, die Neuen hätten das Dunkel mitgebracht.

Daniela Dahn

Je näher der 9. November, der 20. Jahrestag des Mauerfalls rückt, desto schwerer fällt es, Erfreuliches zu bilanzieren. Im Laufe des Jubiläumsjahres ist bereits viel ge-, mehr noch zerredet worden: Da war der Fall Kurras, Todesschütze von Benno Ohnesorg, und – wie ausgerechnet im Jubiläumsjahr des Mauerfalls entdeckt wird – nicht nur Mitglied der SED, sondern auch auf der Gehaltsliste des Ministeriums für Staatssicherheit. Es gab und gibt den Streit über die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat war, und ob die BürgerInnen dieses politischen Systems unter einen moralischen Generalverdacht zu stellen sind oder ihnen auch zuzugestehen ist, dass sie sich in ihrer Lebenswirklichkeit um Recht und Redlichkeit bemühten. Jüngst nun – auch das sicherlich eine zufällige Entdeckung im Jubiläumsjahr – die angeblich flächendeckende Durchsetzung des öffentlichen Dienstes mit ehemaligen MitarbeiterInnen des Ministeriums für Staatssicherheit. Von deutscher Einheit und Feststimmung ist auf diesem medialen Hintergrund wenig zu spüren, im Ton erinnert das vielmehr an die Zeit des Kalten Krieges. Gestützt wird dieses eher düstere Bild auch durch Befunde zur Grundstimmung der Ostdeutschen: Nur 9 Prozent der Ostdeutschen verbinden derzeit vor allem Hoffnungen mit der deutschen Einheit, 36 Prozent haben vor allem Befürchtungen. Sie ängstigt der Sozialabbau in Deutschland und die finanzielle Schieflage zwischen arm und reich und West und Ost, denn sie befürchten, in Armut und ins soziale Abseits zu geraten (Sozialreport 2008, 19-20). Dabei sind es vor allem Frauen, die wenig optimistisch auf die deutsche Einheit blicken. Gehört diese allgemeine Stimmungslage überhaupt hierher? Unbedingt, so behaupte ich, denn auch die feministische Theorieproduktion wie der feministische Diskurs über die deutsche Einheit finden im Rahmen einer „Dominanzkultur“ (Rommelspacher) statt, die soziale Hierarchie zuungunsten der Hinzugekommenen impliziert. Die „asymmetrischen Beziehungserfahrungen“ werden durch westdeutsche Deutungen

bestimmt. Damit will ich nicht einer zum Teil von Ostdeutschen „ritualisierten Opferhaltung“ (Miethe) das Wort reden, sondern darauf aufmerksam machen, dass auch im feministischen Kontext manches erst noch aufzuarbeiten wäre (Nickel 2001; Miethe 2005). Auf beiden Seiten gibt es narzisstische Kränkungen, die den Diskurs belasten: Müssen die einen verarbeiten, VerliererInnen im historischen Vergleich der Systeme gewesen oder einfach auf der falschen Seite geboren worden zu sein, könnte die anderen kränken, dass sie nicht AkteurInnen, sondern bloß mehr oder weniger kritische ZuschauerInnen des gravierenden Jahrhundertereignisses waren, das zu Recht „friedliche Revolution“ genannt wird.

Vor dieser Folie der unerledigten Aufarbeitung will ich versuchen, den 20. Jahrestag des Mauerfalls in drei Punkten frauenpolitisch zu würdigen.

Die kurze, aber heftige Frauenbewegung in der DDR – „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!“

– das war der fröhlich-ironische Titel des Manifestes des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) der DDR, der am 3.12.1989 zu seiner konstituierenden Sitzung in der Berliner Volksbühne zusammenkam (vgl. Merkel 1990, 16-28). Die Schauspielerin Walfriede Schmitt hatte das als „Frauenspektakel“ inszeniert. Welch ein Jubel, Welch eine Kraft, die sich da plötzlich formierte!

Am 1. November 1989 hatten einige kritische Frauenforscherinnen der DDR¹ auf Einladung von Redakteurinnen der „Für Dich“ einen offenen Brief verfasst. Am Tag seines Erscheinens wurde er auf einer Kundgebung vor dem Gebäude des ZK der SED unter Jubel und Beifall verlesen und war einer von vielen Funken, die die Initiative zur Gründung des UFV auslösten (Schwarz/Zenner 1990, 13).

Acht Tage vor dem Fall der Mauer hatten wir noch die Illusion, dass sich mit einer reformierten Politik von oben und durch den Druck einer neu entstandenen Öffentlichkeit von unten die Verhältnisse ändern ließen. „Geht die Erneuerung an uns Frauen vorbei?“ – so war der Brief überschrieben. Wir forderten das ZK der SED auf, bei der anstehenden Veränderung der politischen und staatlichen Strukturen die Quotierung in den Funktionen und Ämtern in Staat, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft durchzusetzen und eine selbstständige Frauenbewegung zuzulassen. Frauen in verschiedenen Landesteilen der Republik und von unterschiedlichen politischen Strömungen verfassten ähnlich lautende Appelle. Plötzlich war sie da, die Frauenbewegung in der DDR.

Binnen kurzem gewannen Frauen eine eigene Stimme. Sie brachten mit dem UFV – und nicht zuletzt auch mit der im Herbst 1989 initiierten Gründung des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin – kreative, kämpferische Organisationen hervor, die bis heute Wirkung zeigen. Die stärkste und machtvollste Frauenorganisation damals war – wenn auch nur für relativ kurze Zeit – der UFV. Er war eine Bewegungsorganisation, die sich – durchaus damals im Unterschied zu vielen frauenbewegten Frauen in Westdeutschland und autonomen Frauenprojekten in West-Berlin – politisch-parlamentarisch beteiligen wollte. Der UFV trieb

im Runden Tisch und in der Übergangsregierung unter de Maizière die Debatten um Frauenrechte und um eine neue Verfassung voran, auch wenn die Erfolge bereits mit dem Ausgang der ersten freien Wahlen in der DDR im März 1990 gebremst worden sind. Der Einigungsvertrag von 1990 hatte eine Reihe von Frauen betreffende Kernfragen offen gelassen. Allen voran die Fristenlösung beim Recht auf Abtreibung in der DDR und die Frage einer neuen gesamtdeutschen Verfassung. Der UFV machte auch mobil, als erkennbar wurde, dass Frauen in Ost und West zu Verliererinnen der deutschen Einheit werden würden, z.B. auf dem Arbeitsmarkt. Die Initiative des UFV zum Frauenstreik anlässlich des Internationalen Frauentages 1994 wurde von Frauen in den Gewerkschaften, aus dem Deutschen Frauenrat und von vielen kleinen Gruppen aufgenommen und brachte Tausende von Frauen überall in Deutschland auf die Straße. Auch die Tatsache, dass in den neuen Bundesländern zunächst recht schnell Frauen- bzw. Gleichstellungsministerien eingerichtet wurden, ist nicht zuletzt der im UFV institutionalisierten ostdeutschen Frauenbewegung zu verdanken.

Ilse Lenz bezeichnet die Phase, die 1989 für die Frauenbewegung begann, als „Phase der Internationalisierung, Vereinigung und Neuorientierung“ (Lenz 2008, 33ff.). „In der diskursiven Dimension ging sie (die Frauenbewegung, H.M.N.) allmählich reflexiv von der Betonung der *Frauenanliegen* zu *Geschlechterfragen* über“ (ebd.). Mit den ostdeutschen Frauen erweiterte sich auch ihre Trägerschaft „um viele Mütter in Vollzeitberufstätigkeit, die ökonomische und persönliche Eigenständigkeit selbstverständlich fanden und verteidigen wollten“ (Lenz 2008, 34). In ihrer Praxis orientierten sich die institutionellen Flügel – so Lenz – auf Macht und Zielerreichung durch Gesetzgebung (Lenz 2008, 867). In der damaligen Begegnung von Ost- und West-Feministinnen gab es neben der Debatte über gemeinsame Problemlagen auch eine Reihe von gravierenden Missverständnissen, die bis heute, so scheint es, nicht ausgesprochen sind. Die zahlreichen, anlässlich des Jubiläums stattfindenden thematischen Zusammentreffen lassen die verdrängten Kränkungen und Missverständnisse bisweilen aufbrechen.² Gut wäre, wenn auf diesem Hintergrund und mit dem Abstand von 20 Jahren ein neuer feministischer Ost-West-Diskurs entstünde, von dem beide Seiten profitieren könnten.

Mit dem ostdeutschen Gleichstellungsvorsprung zurück in die westdeutsche Moderne? Oder: „Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd!“

Die vergangenen 20 Jahre sind nicht schlicht als frauenpolitische Fortschrittsgeschichte zu erzählen. Das wäre weder aus ost- noch aus westdeutscher Sicht angemessen. Ostfrauen – um bei meinem auch biografisch bedingten Fokus zu bleiben – werden kaum die Verletzungen und existenziellen Verunsicherungen abtun können, die ihnen „Abwicklung“, Entwertung ihrer Ausbildungsabschlüsse – mehr noch ihrer Biografien – und Ab- bzw. Umbau der Erwerbsstrukturen in den neuen Bundesländern zugefügt haben.

Die Besonderheit der westdeutschen Moderne liegt – wie Ute Gerhard zu Recht feststellt – unter anderem gerade darin, dass sie sich in der Gleichberechtigung der

Geschlechter immer wieder eine Verspätung leistet und ihr die nachholende Entwicklung einer geschlechtergerechten Gesellschaft nur zögernd gelingt (vgl. Gerhard 2008). Ost-Frauen haben das schmerzhaft erfahren. Dieses Dilemma von ostdeutschem „Gleichstellungsvorsprung“ (Geissler 1992) und einer institutionell noch immer am männlichen Ernährer orientierten westdeutschen Moderne scheint die junge Frauengeneration allerdings auf eigene Weise zu bearbeiten.

(Ost-)Frauen wehren sich!

Aktuelle Befunde zeigen Folgendes (vgl. Erler/Dähner 2008):

1. Frauen hängen Männer ab

Junge Frauen in Ostdeutschland haben ein deutlich höheres Bildungsniveau als ostdeutsche Männer und dadurch bessere Möglichkeiten am Arbeitsmarkt.

2. Ost vor West

Die allgemeine Schulbildung der ostdeutschen Bevölkerung ist besser als in Westdeutschland. Mädchen in Ostdeutschland machen heute wesentlich häufiger Abitur als ihre Alterskolleginnen und -kollegen in den alten Bundesländern.

3. Ärmer, aber gerechter

Die Haushaltseinkommen in Ostdeutschland sind zwar weiterhin sehr viel niedriger als in Westdeutschland, Frauen tragen im Osten aber mehr zum Haushaltseinkommen bei. Sie sind von ihren Partnern materiell unabhängiger. Auch sind die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern im Osten wesentlich geringer als im Westen. Schließlich sind proportional mehr Frauen in einer Führungsposition als in Westdeutschland.

4. Einfach mobiler

Junge Frauen sind die mobilste Bevölkerungsgruppe der neuen Bundesländer. Sie verlassen in einem größeren Umfang als ihre männlichen Alterskollegen ihre Heimat.

Die „Wanderungsneigung“ junger ostdeutscher Frauen sei ein Zeichen ihrer hohen Ansprüche, so die Studie: Sie wandern dorthin, wo sie gute Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten finden, aber auch an Orte, die eine hohe Lebensqualität und gute Möglichkeiten für ihre persönliche Entfaltung bieten.

Die Ambivalenz dieser Befunde ist durch einen neoliberalen Common Sense verdeckt. Jede ist für sich selbst verantwortlich, Erfolg auf dem Erwerbsfeld zählt. Junge Ost-Frauen „überholen, ohne einzuholen“. (Walter Ulbricht hatte sich das im Wettbewerb der Systeme für die DDR gewünscht.) Sie haben gelernt, für sich selbst verantwortlich zu sein. Weder ist ihnen die – was zuweilen passiert – „Versorgungslücke“, die sie hinterlassen, anzukreiden noch ein „Solidaritätsdefizit“ zu unterstel-

len. Manche wollen das Autonomiestreben der jungen ostdeutschen Frauen gar für den Rechtradikalismus junger Ost-Männer mit verantwortlich machen! Allerdings zeigt sich in dem Befund auch eine Alternativlosigkeit des Aufbruchs der jungen Ost-Frauen, die zu denken geben muss. Freie Wahl (Emanzipation) kann zum wirtschaftsliberalen, der Marktlogik folgenden Zwang verkommen, auch so lassen sich die Befunde lesen.

In der kritischen Debatte dieser Entwicklungen liegt eine Herausforderung für den „social (re)turn“ (Klinger) des Feminismus. Jenseits von „Sparten“- und „Wellness“-Feminismus könnte hier der Kern eines neuen gesellschaftspolitischen Diskurses zwischen Ost- und West-Feministinnen liegen.

Anmerkungen

- 1 Darunter Irene Dölling, Barbara Bertram, Jutta Gysi, Hildegard Maria Nickel.
- 2 Wie jüngst bei der am 6. Juli 2009 von der Heinrich-Böll-Stiftung veranstalteten Podiumsdiskussion „Frauenpolitisches Gespräch: 1989-2009“; eingeladen waren Hildegard Maria Nickel, Christina Thürmer-Rohr, Petra Bläss-Rafajlovski und Carola von Braun.

Literatur

Erler, Daniel/Dähner, Susanne, 2008: Frauen Machen Neue Länder. Lebenssituation und Perspektiven junger Frauen in den neuen Bundesländern – Forschungsstand. Berlin.

Geissler, Rainer, 1992: „Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck“. Aus Politik und Zeitgeschichte. H. 29-30, 15-28.

Gerhard, Ute, 2008: „50 Jahre Gleichberechtigung – eine Springprozeession“. Aus Politik und Zeitgeschichte. H. 24-25, 3-10.

Lenz, Ilse, 2008: „Die unendliche Geschichte? Zur Entwicklung und den Transformationen der Neuen Frauenbewegung in Deutschland“. In: Lenz, Ilse (Hg.): Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Wiesbaden, 21-44.

Merkel, Ina, 1990: „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“. In: Rohnstock, Katrin (Hg.): Frauen in die Offensive. Texte und Arbeitspapiere der Gruppe „Lila Offensive“. Berlin, 16-28.

Miethe, Ingrid, 2005: „Dominanz und Differenz. Verständigungsprozesse zwischen feministischen Akteurinnen aus Ost- und Westdeutschland“. In: Schäfer, Eva/Dietzsch, Ina/Peinl, Iris/Penrose, Virginia/Scholz, Sylka/Völker, Susanne (Hg.): Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse in Deutschland seit der Wende. Münster, 218-234.

Nickel, Hildegard Maria, 2001: „Vom Umgang mit Differenzen“. In: Hornung, Ursula/Gümen, Sedef/Weitandt, Sabina (Hg.): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik: (Re)Konstruktion der Geschlechterordnungen in Frauenforschung – Frauenbewegung – Frauenpolitik. Münster, 87-96.

Schwarz, Gislinde/Zenner, Christine (Hg.), 1990: Wir wollen mehr als ein Vaterland. DDR-Frauen im Aufbruch. Hamburg.

Sozialreport 2008, 2008: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. Berlin.